

Inhaltsverzeichnis

Gliederung	IX
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einleitung	1
Teil 1: Die Rechtsetzung durch Rahmenbeschlüsse und Beschlüsse im System der Polizeilichen und Justitiellen Zusammenarbeit in Strafsachen nach Titel VI des EU	7
A. Die Polizeiliche und Justitielle Zusammenarbeit in Strafsachen nach Titel VI des EU	7
I. Die PJZS als Aufgabe der „Union“	7
1. Zuweisung von Verbandskompetenzen an die „Europäische Union“	7
a) „Europäische Union“ als Träger der Verbandskompetenz	9
b) Inhalt der Verbandskompetenz der „Europäischen Union“ in der PJZS	12
c) Bestimmung der Organkompetenzen für die PJZS	13
2. Abgrenzung zur Verbandskompetenz der EG	14
3. Abgrenzung zu den Kompetenzen der Mitgliedstaaten	16
a) Keine Hoheitsrechtsübertragung auf die Europäische Union ..	16
b) Völkerrechtliche Beschränkung der Ausübung mitgliedstaatlicher Kompetenzen ?	17
c) Begründung völkerrechtlicher Verpflichtungen durch die Art.29 ff. EU	18
d) Zuständigkeit für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit	19
II. Ergebnis	20
B. Rechtsetzung durch Rahmenbeschlüsse und Beschlüsse	21
I. Verpflichtungswirkung der Rahmenbeschlüsse und Beschlüsse	21
1. Rahmenbeschluss gemäß Art.34 Abs.2 Satz 2 lit.b EU	21
a) Angleichung	21
b) Rechts- und Verwaltungsvorschriften	23
c) Verbindlichkeit des Ziels	25
(1) Rechtsetzungs- bzw. Rechtsanpassungsbefehl	26
(2) Auslegungsmaßstab	28
2. Beschluss gemäß Art.34 Abs.2 Satz 2 lit.c EU	29
a) für jeden anderen Zweck	29
(1) Verhältnis zu Rahmenbeschlüssen	30
(2) Verhältnis zu Übereinkommen	30
(a) Übereinkommen als „Auffang-Instrument“ ?	30
(b) Abgrenzung nach möglichem Inhalt ?	32
(c) Bezugnahme auf mitgliedstaatliche Verfassungen	32
(d) Ergebnis	35

(3) Rückschlüsse für den Regelungsgegenstand von Beschlüssen	36
b) Verbindlichkeit	36
c) Verpflichtungswirkung	37
3. Umsetzungsfrist und Überwachung	41
4. Ausnahmefall der öffentlichen Ordnung und inneren Sicherheit.	43
II. Rechtliche Einordnung der Rahmenbeschlüsse und Beschlüsse	43
1. Rahmenbeschlüsse und Beschlüsse als völkerrechtliche Verträge	44
a) Bezeichnung	45
b) Kriterium der Bindung	45
c) Existenz des Art.34 Abs.2 Satz 2 lit.d EU	46
d) Strukturelle Weiterentwicklung der PJZS	47
e) Doppelfunktion als Beschluss und Vertrag nach der Rechtsprechung des BVerfG	50
f) Ergebnis	51
2. Rahmenbeschlüsse und Beschlüsse als auf den gleichen Erfolg gerichtete, parallel abgegebene einseitige Willenserklärungen der Mitgliedstaaten	51
3. Rahmenbeschlüsse und Beschlüsse als eigenständige völker- rechtliche Rechtsakte mit unmittelbarer Bindungswirkung	51
III. Innerstaatliche Geltung der Verpflichtungen in der Bundes- republik Deutschland	52
1. Innerstaatliche Geltung aufgrund genereller Übernahme ?	54
a) Generelle Übernahme aufgrund verfassungsrechtlicher Anordnung	54
b) Antizipierte Übernahme durch das Vertragsgesetz zum Unionsvertrag	57
2. Innerstaatliche Geltung aufgrund spezieller Übernahme	60
a) Zuständigkeit	61
(1) Verbandskompetenz	61
(2) Organkompetenz	62
b) Materielle Anforderungen an die Umsetzung	63
(1) Maßnahmen zur Umsetzung von Beschlüssen	64
(2) Maßnahmen zur Umsetzung von Rahmenbeschlüssen	65
(a) Unionsrechtliche Vorgaben	65
(b) Mitgliedstaatliche Vorgaben	67
c) Beispiele für die Umsetzung in das Recht der Bundes- republik Deutschland	68
(1) Umsetzung von Rahmenbeschlüssen	68
(2) Umsetzung von Beschlüssen	71

3. Sanktionierung fehlender oder unzureichender Umsetzung durch „unmittelbare Wirkung“ ?	73
IV. Ergebnis	79
Teil 2: Die Rechtmäßigkeitskontrolle gem. Art.35 Abs.6 EU	81
A. Klagegründe als Prüfungsmaßstab der Klage im Sinne von Art.35 Abs.6 EU	81
I. Unionsvertrag – sämtliche oder nur einzelne Vorschriften ?	82
1. Argumente für die Heranziehung des gesamten Unionsvertrages	82
2. Argumente gegen die Heranziehung des gesamten Unionsvertrages	83
3. Wertung	84
a) Zuständigkeitsbegründende Wirkung von Art.46 lit.b EU ?....	84
b) Bestimmung des Prüfungsmaßstabs	86
c) Ergebnis	87
II. Gemeinschaftsrecht	87
1. Bedeutung des Art.47 EU	88
2. Überprüfbarkeit gemäß Art.35 Abs.6 EU ?	90
III. Verhältnis zu Art.230 EG	91
1. Auslegung des Art.230 EG durch den Gerichtshof	91
2. Kritik der Literatur	92
3. Wertung	93
4. Ergebnis	96
IV. Bedeutung der Klagegründe im Einzelnen	97
1. Unzuständigkeit	97
2. Verletzung wesentlicher Formvorschriften	99
a) Wesentlichkeit der Verletzung	99
b) Formvorschriften	100
(1) Vorbereitung der Willensbildung	100
(2) Regeln zum Beschlussverfahren	103
(3) Regeln zur äußeren Gestaltung der verbindlichen Verlautbarungen	103
c) Veröffentlichung	107
d) Ergebnis	108
3. Verletzung dieses Vertrages oder einer bei seiner Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm	108
a) Normen mit Vertragsrang	109
(1) Unionsvertragliche Normen	109
(2) Protokolle als Bestandteil des Unionsvertrages	110
(3) Ungeschriebenes Unionsrecht	111
b) Bei der Durchführung des Unionsvertrages anzuwendende Rechtsnormen	113
(1) Maßnahmen des Europäischen Rates ?	114

(2) Gemeinsame Standpunkte gemäß Art.34 Abs.2	
Satz 2 lit.a EU	117
(a) Bedeutung der Veröffentlichungspraxis	118
(b) Unionsvertragliche Regelungen nur hinsichtlich der Wirkungen für Mitgliedstaaten	119
(aa) Bedeutung der Art.15 Satz 2 und 3, 37 Abs.1, 34 Abs.2 lit.b und c EU	119
(bb) Bedeutung der Art.39 Abs.1 Satz 1 und 35 Abs.6 EU	121
(c) Selbstbindung des Rats	122
(d) Unionsvertragliche Konzeption der Gemeinsamen Standpunkte	124
(e) Ergebnis	125
(3) Maßnahmen gemäß Art.34 Abs.2 Satz 2 EU	125
c) Ergebnis	126
4. Ermessensmissbrauch	126
5. Ergebnis	127

B. Entscheidungsmöglichkeiten des Gerichtshofs gemäß Art.46

lit.b, 35 Abs.6 EU	128
I. Wesen der Klage gemäß Art.35 Abs.6 EU – Gestaltungs- oder Feststellungsklage ?	128
1. Unmittelbare unionsvertragliche Bestimmung der Entscheidungsbefugnis	129
2. Unionsvertragliche Verweisung auf Art.231 EG	130
a) Supranationale Wirkung des Art.231 Abs.1 EG ?	130
b) Mitgliedstaatliches Handeln <i>versus</i> Organhandeln als Gegenstand der Nichtigerklärung	131
c) Ergebnis	133
II. Nichtigerklärung des Rahmenbeschlusses bzw. Beschlusses	133
1. <i>Ex tunc</i> - und <i>erga omnes</i> -Wirkung der Erklärung	134
2. Gesamt- und Teilnichtigerklärung	135
3. Fortgeltung bestimmter Wirkungen gemäß Art.231 Abs.2 EG ...	137
III. Zulässigkeit weitergehender Aussprüche des Gerichtshofs ?	138
IV. Ergebnis	140

C. Wirkungen des Urteils gemäß Art.35 Abs.6 EU

I. Wirkungen auf Unionsebene	141
1. Verpflichtungen des Rates	141
a) Verpflichtung zur Urteilsanalyse als Bestandteil der Verpflichtung gemäß Art.46 lit.b EU in Verbindung mit Art.233 Abs.1 EG	141
b) Verpflichtung zur Beachtung der Rechtsausführungen	142
c) Verpflichtung zur Beseitigung der Folgen des aufgehobenen	

Rechtsaktes	143
(1) Aufhebung oder Abänderung von Folgemaßnahmen	143
(2) Ausgleich entstandener Nachteile	145
(a) Nachteilsausgleich im Gemeinschaftsrecht	145
(b) Nachteilsausgleich in der PJZS	147
(3) Umfang der Beseitigung	148
2. Verpflichtungen der anderen PJZS-Organen	149
II. Wirkungen auf Ebene der Mitgliedstaaten	149
1. Wegfall, Gegenstandslosigkeit oder innerstaatliche	
Rechtswidrigkeit des mitgliedstaatlichen Umsetzungsrechts ? ...	149
a) Wegfall des mitgliedstaatlichen Umsetzungsrechts ?	149
b) Gegenstandslosigkeit der mitgliedstaatlichen	
Umsetzungsmaßnahme ?	150
c) Rechtswidrigkeit der mitgliedstaatlichen	
Umsetzungsmaßnahme ?	151
(1) Umsetzung durch Exekutive	151
(2) Umsetzung durch Legislative	152
d) Ergebnis	153
2. Verpflichtung zur Aufhebung oder Aufrechterhaltung gemäß	
Art.29 ff. EU	154
a) Aufhebungsverpflichtung aufgrund „Fehleridentität“ ?	154
b) Verpflichtung zur Aufrechterhaltung oder Aufhebung	
aufgrund unionsrechtlicher „Treuepflichten“ ?	155
(1) Treuepflichten aus dem Kohärenzgebot ?	156
(2) Treuepflichten aus der Solidaritätsverpflichtung ?	158
(3) Treuepflichten aufgrund der Einsetzung von PJZS-	
Organen?	159
(4) Treuepflichten aus Art.34 Abs.1 EU	160
(5) Ergebnis	160
c) Verpflichtung zur Aufhebung aufgrund „Gemein-	
schaftstreue“ ?	160
d) Ergebnis	164
3. Verpflichtung zur Aufhebung oder Aufrechterhaltung nach	
allgemeinem Völkerrecht	164
a) Anpassungspflicht bezüglich der innerstaatlichen Rechts-	
ordnung aufgrund allgemeiner völkerrechtlicher	
Treuepflichten ?	165
b) Erlass oder Aufrechterhaltung der Umsetzungsmaßnahme	
als völkerrechtliches Delikt ?	167
c) Ergebnis	169
III. Ergebnis: Wirkungen des Urteils gemäß Art.35 Abs.6 EU	169
Teil 3: Zusammenfassung	171
Literatur	175